S 2 BK 34/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Berlin-Brandenburg
Sozialgericht	Landessozialgericht Berlin-Brandenburg
Sachgebiet	Kindergeld-/Erziehungsgeldangelegenheiten
Abteilung	14
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Kinderzuschlag Hilfebedürftigkeit Höchsteinkommensgrenze Leistungsausschluss
Leitsätze	Studierende, die nach § 7 Abs. 5 SGB II von Leistungen nach dem SGB II ausgeschlossen sind, können keinen Anspruch auf Kinderzuschlag nach § 6a BKGG haben.
Normenkette	BKGG § 6a SGB II § 7 SGB II § 9 SGB II § 27

1. Instanz

Aktenzeichen	S 2 BK 34/17
Datum	14.11.2018

2. Instanz

Aktenzeichen	L 14 BK 2/18
Datum	24.06.2021

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Berufung der Klägerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 14. November 2018 wird zurückgewiesen.

Â

Außergerichtliche Kosten sind für das Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Â

Die Revision wird zugelassen.

Â

Tatbestand

Â

Streitig ist ein Anspruch auf Kinderzuschlag für die Monate Oktober und November 2017.

Â

Die 1990 geborene Klägerin wohnte im streitigen Zeitraum zusammen mit ihrem (damaligen) 1988 geborenen Partner und dem 2013 geborenen gemeinsamen Kind, für das Kindergeld bezogen wurde. Die Bruttowarmmiete der Wohnung belief sich auf 799,02 Euro. Die Klägerin studierte im streitigen Zeitraum an einer Hochschule Biosystemtechnik/Bioinformatik (angestrebter Abschluss Master) und bezog Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) in Höhe von monatlich 437 Euro; der mögliche BAföG-Höchstbetrag von 865 Euro wurde aufgrund der Anrechnung von Einkommen ihres Vaters in Höhe von 116,56 Euro und ihrer Mutter in Höhe von 311,09 Euro gemindert (Bescheid vom 11. September 2017). Tatsächlich erhielt die Klägerin von ihren Eltern keinen Unterhalt gezahlt. Ferner erzielte die Klägerin im streitigen Zeitraum Arbeitsentgelt in Höhe von monatlich 438,14 Euro brutto. Im November 2017 erhielt sie eine Sonderzahlung in Höhe von 140,19 Euro brutto. Von September bis Dezember 2017 bezog die Klägerin Wohngeld in Höhe von monatlich 368 Euro (Bescheid vom 27. Oktober 2017). Der Partner der Klägerin studierte im Oktober und November 2017 Photonics an einer Hochschule (angestrebter Abschluss Master) und erzielte ein monatliches Bruttoarbeitsentgelt von 214,79 Euro.

Â

Mit Bescheid vom 16. Oktober 2017 lehnte die Beklagte den Antrag der Klägerin auf Kinderzuschlag ab Oktober 2017 ab, weil der Gesamtbedarf mit vorhandenem Einkommen gedeckt sei. Wie dem Berechnungsbogen zu entnehmen ist, ging sie davon aus, dass die Höchststeinkommengrenze nicht überschritten ist, setzte einen fiktiven Bedarf der Klägerin an, rechnete hierauf ihr Einkommen (voll) an und stellte den überschüssigen Teil ihres Einkommens dem Bedarf des Kindes gegenüber. Dabei berücksichtigte sie das Einkommen der Klägerin aus ihrer Erwerbstätigkeit in Höhe von 438,14 Euro und sonstige Einnahmen in Höhe von 735 Euro, wobei es sich um den BAföG-Höchstbetrag von 865 Euro (tatsächlich gezahlte Leistungen zuzüglich Einkommen ihrer Eltern) abzüglich des darin enthaltenen Kinderzuschlags in Höhe von 130 Euro handelte.

Â

Den hiergegen eingelegten Widerspruch der KlÄgerin wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 1. November 2017 als unbegrÄndet zurÄck.

Ä

Die KlÄgerin hat am 23. November 2017 Klage erhoben. In den Berechnungen sei Unterhalt ihrer Eltern eingerechnet worden, den sie nicht erhalten habe und nicht erhalten werde.

Ä

Auf den Fortzahlungsantrag der KlÄgerin vom 27. Dezember 2017 hat die Beklagte die GewÄhrung von Kinderzuschlag fÄr die Zeit ab Dezember 2017 abgelehnt (Bescheid vom 12. Februar 2018; Widerspruchsbescheid vom 20.Ä April 2018); die Klage dagegen wird beim Sozialgericht Berlin unter dem Aktenzeichen S 2 BK 18/18 gefÄhrt.

Ä

Die Eltern der KlÄgerin sind in der mÄndlichen Verhandlung vor dem Sozialgericht am 14. November 2018 als Zeugen zu den UnterhaltsansprÄchen der KlÄgerin und Unterhaltsleistungen an die KlÄgerin wÄhrend ihres Studiums vernommen worden. Wegen des Ergebnisses der Beweisaufnahme wird auf die Sitzungsniederschrift Bezug genommen.

Ä

Mit Urteil vom 14. November 2018 hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen und die Berufung zugelassen. Zur BegrÄndung hat es im Wesentlichen ausgefÄhrt: Die KlÄgerin habe keinen Anspruch auf GewÄhrung von Kinderzuschlag fÄr die Monate Oktober und November 2017. Offenbleiben kÄnne, ob durch die GewÄhrung des Kinderzuschlags Äberhaupt HilfebedÄrftigkeit nach dem SGB II im Sinne des Ä 6a Abs. 1 Nr. 4 Bundeskindergeldgesetz (BKGG) hÄtte vermieden werden kÄnnen, oder ob die ErfÄllung dieser Voraussetzung bereits daran scheitere, dass weder die KlÄgerin noch ihr Partner noch das Kind Äberhaupt dem Grunde nach leistungsberechtigt nach dem SGB II seien. Denn es sei bereits die HÄchststeinkommengrenze Äberschritten. Aufgrund der elterlichen Bemessungsgrenze von 0,00 Euro werde die HÄchststeinkommengrenze vorliegend durch den maximalen Kinderzuschlag von 170Ä Euro gebildet. Diese HÄchststeinkommengrenze werde von der KlÄgerin Äberschritten. Denn die KlÄgerin habe darÄber hinausgehendes Erwerbseinkommen von bereinigt 236,27 Euro (Bruttoeinkommen von 438,14 Euro abzÄglich Steuern und Sozialabgaben sowie FreibetrÄgen) und Leistungen nach dem BAfÄG einschlieÄlich des angerechneten Elterneinkommens von (865 Euro [BAfÄG-HÄchstsatz ohne Minderung durch Elterneinkommen] ä 130 Euro [zweckgebundener Kinderzuschlag] =) 735 Euro. Denn neben den tatsÄchlichen BAfÄG-Leistungen sei auch das im Rahmen der BedÄrftigkeitsprÄfung im BAfÄG berÄcksichtigte anrechenbare Elterneinkommen ohne RÄcksicht auf den

tatsächlichen Zufluss anzurechnen, weil es ein abrufbares Mittel gewesen sei. Der Klägerin sei es zumutbar gewesen, den Unterhaltsanspruch gegenüber ihren Eltern geltend zu machen.

Â

Gegen dieses ihr am 23. November 2018 zugestellte Urteil wendet sich die Klägerin mit ihrer am 29. November 2018 eingegangenen Berufung. Ihr sei fiktives Einkommen angerechnet worden, obwohl ihre Eltern und sie vor Beginn des Studiums vereinbart hätten, dass diese ihr maximal fünf Jahre Unterhalt zahlen würden. Ihre Eltern hätten ihr fünf Jahre Unterhalt gezahlt, nämlich bis zur Aufnahme ihres Werkstudentenjobs am Max-Planck-Institut im Juni 2016.

Â

Die Klägerin beantragt,

Â

das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 14. November 2018 und den Bescheid der Beklagten vom 16. Oktober 2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 1. November 2017 abzuändern und die Beklagte zu verurteilen, ihr für die Monate Oktober und November 2017 Kinderzuschlag in gesetzlicher Höhe zu gewähren.

Â

Die Beklagte beantragt,

Â

die Berufung zurückzuweisen.

Â

Ein Anspruch auf Kinderzuschlag sei nicht gegeben. Aufgrund der bestehenden Weisungslage bestehe keine Möglichkeit, die Entscheidung abzuändern oder aufzuheben.

Â

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird Bezug genommen auf die Schriftsätze der Beteiligten nebst Anlagen und den sonstigen Inhalt der Gerichtsakte sowie den der Verwaltungsvorgänge der Beklagten und der beigezogenen Gerichtsakte des Sozialgerichts Berlin 2 BK 18/18 sowie der BAfG-Akte.

Â

Â

Entscheidungsgründe

Â

Die Berufung ist zulässig, obwohl der Wert des Beschwerdegegenstandes 750 Euro nicht übersteigt (vgl. Â§ 144 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Sozialgesetz â SGG â); denn das Sozialgericht hat die Berufung in seinem Urteil vom 14. November 2018 zugelassen.

Â

Die Berufung ist jedoch unbegründet. Zutreffend hat das Sozialgericht entschieden, dass der Klägerin für die Monate Oktober und November 2017 kein Kinderzuschlag zusteht.

Â

Gegenstand des Berufungsverfahrens ist neben dem Urteil des Sozialgerichts vom 14. November 2018 der Bescheid der Beklagten vom 16. Oktober 2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 1. November 2017, mit dem die Beklagte die Gewährung von Kinderzuschlag ab Oktober 2017 abgelehnt hat. Der streitige Zeitraum ist hier bis zum 30. November 2017 begrenzt. Zwar hat die Beklagte die Gewährung des Kinderzuschlags für die Zukunft â und damit unbegrenzt â abgelehnt. Die Beklagte hat jedoch zwischenzeitlich eine weitere Entscheidung getroffen und die Gewährung von Kinderzuschlag ab Dezember 2017 abgelehnt (Bescheid vom 12. Februar 2018; Widerspruchsbescheid vom 20. April 2018), wodurch sich der hier streitige Bescheid für die Zeit ab Dezember 2017 erledigt hat (vgl. Bundessozialgericht [BSG], Urteil vom 11. Dezember 2012 â [B 4 AS 29/12 R](#) â, juris Rn. 11).

Â

Die Klägerin verfolgt den von ihr geltend gemachten Anspruch auf Kinderzuschlag zu Recht mit einer kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklage ([Â§ 54 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4 SGG](#)) (vgl. BSG, Urteil vom 30. Oktober 2019 â [B 4 KG 1/19 R](#) â, juris Rn. 10).

Â

Der Bescheid der Beklagten vom 16. Oktober 2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 1. November 2017 ist rechtmäßig und verletzt die Klägerin nicht in ihren Rechten. Die Klägerin hat für die Monate Oktober und November 2017 keinen Anspruch auf Kinderzuschlag.

Â

Rechtsgrundlage für den Anspruch auf Kinderzuschlag ist [§ 6a BKGG](#) in der hier maßgeblichen, ab 1. Januar 2017 geltenden Fassung vom 20. Dezember 2016 (a.F.). Nach [§ 6a Abs. 1 BKGG](#) a.F. erhalten Kinderzuschlag Personen für in ihrem Haushalt lebende unverheiratete oder nicht verpartnerte Kinder, die noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet haben, wenn (1.) sie für diese Kinder nach dem BKGG oder dem X. Abschnitt des Einkommenssteuergesetzes Anspruch auf Kindergeld oder Anspruch auf andere Leistungen im Sinne von [§ 4 BKGG](#) haben, (2.) sie über ein bestimmtes Mindesteinkommen verfügen, (3.) sie ein bestimmtes Höchsteinkommen und -vermögen nicht überschreiten, (4.) durch den Kinderzuschlag Hilfebedürftigkeit nach [§ 9 Zweites Buch Sozialgesetzbuch \(SGB II\)](#) vermieden wird.

Ä

Diese Anspruchsvoraussetzungen erfüllt die Klägerin nicht.

Ä

Die Voraussetzungen von [§ 6a Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 BKGG](#) a.F. liegen zwar unstreitig vor. Die Klägerin hat für ihr Kind, das in ihrem Haushalt lebt, unverheiratet und unverpartnert ist und das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, Anspruch auf Kindergeld. Auch verfügt sie über das erforderliche Mindesteinkommen.

Ä

Offenbleiben kann, ob die Klägerin die Höchsteinkommengrenze ([§ 6a Abs. 1 Nr. 3 BKGG](#) a.F.) überschritten hat.

Ä

Nach [§ 6a Abs. 1 Nr. 3 BKGG](#) a.F. erhalten Personen (nur dann) Kinderzuschlag, wenn sie mit Ausnahme des Wohngeldes über Einkommen oder Vermögen im Sinne der [§§ 11 bis 12 SGB II](#) verfügen, das höchstens dem nach Absatz 4 Satz 1 (Bemessungsgrenze) für sie maßgebenden Betrag zuzüglich dem Gesamtkinderzuschlag nach Absatz 2 entspricht. Gemäß [§ 6a Abs. 4 Satz 1 BKGG](#) a.F. darf das nach [§§ 11 bis 12 SGB II](#) mit Ausnahme des Wohngeldes zu berücksichtigende elterliche Einkommen oder Vermögen einen Betrag in Höhe der bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II oder des Sozialgeldes zu berücksichtigenden elterlichen Bedarfe nicht übersteigen. Die Höhe der danach maßgebenden elterlichen Bedarfe richtet sich nach [§§ 7 ff. SGB II](#). Da die Klägerin und ihr Partner als Studenten beide nach [§ 7 Abs. 5 SGB II](#) von Leistungen nach dem SGB II ausgeschlossen sind, hat das Sozialgericht den elterlichen Bedarf im Sinne des [§ 6a Abs. 4 Satz 1 BKGG](#) a.F. zutreffend mit 0,00 Euro angesetzt (vgl. Landessozialgericht [LSG] Berlin-Brandenburg, Urteil vom 30. Juni 2009).